

3. Autonome FDGB-Einzelgewerkschaften

Während in den Jahrzehnten zuvor scheinbar keinerlei Zweifel an dem FDGB und seinen verschiedenen Funktionen im Herrschaftssystem der SED bestanden hatten, waren sich nun plötzlich alle einig, dass der FDGB bislang überhaupt keine Gewerkschaft gewesen sei. Diese Einsicht manifestierte sich im rasanten Tempo von nur wenigen Wochen. Angefangen von den obersten Funktionsträgern bis hinunter zu den Betriebsgewerkschaftsorganisationen (BGO) distanzieren sich ausnahmslos alle vom FDGB und seiner 44jährigen Geschichte. Im Lichte dieser veränderten Wahrnehmung beschließen die eigenen Funktionäre, vornehmlich aus der zweiten und dritten Reihe, den FDGB zu zerschlagen, um nunmehr „wirkliche“ Gewerkschaften aufzubauen. Wie selbstverständlich griffen sie dabei auf das Prinzip der autonomen Einzelgewerkschaft zurück, für das historische Erfahrungen vorlagen und das sich in der Bundesrepublik als äußerst erfolgreich bewährt hatte. Diese Selbstverständlichkeit ist erstaunlich. Für eine kommunistische Gewerkschaft wie den FDGB hätte es eher nahe gelegen, sich kommunistische Richtungsgewerkschaften wie die CGT in Frankreich zum Vorbild zu nehmen und als Richtungsgewerkschaft der SED/PDS in einer demokratischen Gesellschaft den Wettbewerb mit freien Gewerkschaften aufzunehmen. Doch davon war nirgends die Rede.

Motor dieser Transformation des FDGB waren die Funktionäre der bislang nur als Fachabteilungen vorhandenen Einzelgewerkschaften. Am Beispiel der drei für den Organisationsbereich der ÖTV wichtigsten FDGB-Gewerkschaften: Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft (MSK), Gewerkschaft Gesundheitswesen und der IG Transport- und Nachrichtenwesen sowie teilweise der IG Bergbau-Energie soll exemplarisch gezeigt werden, wie es zum Aufbau der autonomen Einzelgewerkschaften kam. Die Anfänge dieses Prozesses liegen dabei schon vor der Bundesvorstandssitzung des FDGB vom 10. Dezember.

Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft (MSK)

Auf ihrer Vorstandstagung am 18. September 1989 war die Welt für die MSK noch weitgehend in bester sozialistischer Ordnung, zumindest nach außen hin. Der langjährige Vorsitzende Rolf Hößelbarth kam in seinem Schlusswort auf die aktuelle Fluchtbewegung von Bürgern aus der DDR lediglich in verklausulierter Form zu sprechen:

„Erstes und wichtigstes Anliegen aller gewerkschaftlichen Leitungen und Vorstände muss es sein, in einer politisch so bewegten Zeit, wo in der internationalen Klassenauseinandersetzung der Kampf um die Köpfe der Menschen an Schärfe gewinnt, die politisch-ideologische Arbeit noch eindringlicher zu gestalten und jederzeit über die Stimmungen und Meinungen der Mitglieder im Bilde zu ein.“¹

Einen konkreten Handlungsbedarf konnte er nicht erkennen, musste er auch nicht, denn ein eigenständiges Handeln seiner Gewerkschaft war im FDGB-System nicht vorgesehen.

1 Informationsblatt des Zentralvorstandes der MSK, 10'89, S. 1.